



## **Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Landesplanung**

### **21. Sitzung (öffentlich)**

31. Oktober 2018

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 13:05 Uhr

Vorsitz: Georg Fortmeier (SPD)

Protokoll: Sitzungsdokumentarischer Dienst

### **Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

<b>Vor Eintritt in die Tagesordnung:</b>	<b>5</b>
<b>1 Wärmepotenziale nutzen – Einsatz der Geothermie erleichtern</b>	<b>6</b>
Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP Drucksache 17/2562  Stellungnahmen 17/891/892/893/894/897	
<b>2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2019 (Haushaltsgesetz 2019)</b>	<b>28</b>
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 17/3300 Vorlage 17/1085 (Erläuterungsband Epl. 14) Vorlagen 17/1167/1272	

Der Ausschuss kommt überein, über die in den Zuständigkeitsbereich des Ausschusses fallenden Kapitel des Einzelplans 14 in der Sitzung am 21. November abschließend zu beraten und abzustimmen.

**3 Das Rheinische Revier muss Sonderfördergebiet werden, um den Braunkohlen-Strukturwandel erfolgreich gestalten zu können 37**

Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 17/3811

Der Ausschuss beschließt auf Anregung der SPD einstimmig, eine Anhörung durchzuführen.

**4 Bürokratieabbau bei Mieterstromprojekten vorantreiben 38**

Antrag  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 17/3797

Der Ausschuss beschließt auf Anregung der Grünen einstimmig, eine Anhörung durchzuführen.

**5 Kommission für Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung – Welche Ziele und welche Strategie verfolgt die Landesregierung zur Absicherung des Strukturwandels im Rheinischen Revier? 39**

Vorlage 17/1168

**6 Früchte herausragender Forschung ernten, Ansiedlung von Batterie- und Brennstoffzellenproduktion in Nordrhein-Westfalen vorantreiben 41**

Vorlage 17/1102

**7 Bisherige Maßnahmen und Erfolge der Landesregierung und ihres Sonderbeauftragten zur Abfederung der Brexit-Folgen für Nordrhein-Westfalen 42**

Vorlage 17/1130

**8 Tihange: Welche Erkenntnisse zieht die Landesregierung aus der letzten Stellungnahme der Reaktorsicherheitskommission** 43

Vorlage 17/1264

Der Ausschuss nimmt den schriftlich vorgelegten Bericht zur Kenntnis.

**9 Netzentgeltbefreiung – wer wurde befreit, wer hat nachgezahlt?** 44

Vorlage 17/1265

Der Ausschuss stellt die Aussprache über den Bericht bis zur Sitzung am 21. November 2018 zurück.

**10 Praxis der Bedarfsberechnung und Ausweisung von Wohngebieten und Gewerbe- und Industriebereichen in ausgewählten Kreisen in NRW** 45

Vorlage 17/1266

Der Ausschuss nimmt den schriftlich vorgelegten Bericht zur Kenntnis.

**11 Entwurf einer Fünften Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Zuständigkeiten nach dem Berufsbildungsgesetz (BBiG) und die Angelegenheiten der Berufsbildung im Rahmen der Handwerksordnung (HwO) sowie die Zuständigkeiten nach dem Berufsqualifikationsfeststellungsgesetz (BQFG)** 46

Vorlage 17/1195

Der Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Landesplanung wurde zu dem mit Vorlage 17/1195 übersandten Verordnungsentwurf gehört.

**12 Folgen des vom Oberverwaltungsgericht Münster verkündeten Rodungsstopps im Hambacher Forst** 47

Vorlage 17/1267

Der Ausschuss stellt die Aussprache über den Bericht bis zur Sitzung am 21. November 2018 zurück.

**13 Verschiedenes****48****a) „Chancen der Digitalisierung für die Energiewende nutzen“**

Am 18. Dezember 2018, 14 Uhr, findet eine Anhörung zum Antrag „Chancen der Digitalisierung für die Energiewende nutzen“.

**b) Ausschussreise**

Der Ausschuss lehnt eine Ausschussreise in die Schweiz mit den Stimmen der CDU, der SPD, der FDP und der Grünen gegen die Stimmen der AfD ab.

Der Ausschuss beschließt mit den Stimmen der CDU, der SPD, der FDP und der Grünen gegen die Stimmen der AfD, eine Ausschussreise nach Japan durchzuführen.

Die Reise soll vom 26. Mai bis 2. Juni 2019 stattfinden. An der Reise nehmen fünf Mitglieder der CDU, vier Mitglieder der SPD, zwei Mitglieder der FDP, ein Mitglied der Grünen, ein Mitglied der AfD sowie der Vorsitzende teil.

Der Vorsitzende wird mit der Antragstellung beim Präsidium beauftragt.

\* \* \*

## 2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2019 (Haushaltsgesetz 2019)

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 17/3300  
Vorlage 17/1085 (Erläuterungsband Epl. 14)  
Vorlagen 17/1167/1272

**Vorsitzender Georg Fortmeier** erinnert an die Absprache zwischen den Obleuten, Änderungsanträge zur Beratung des Haushalts- und Finanzausschusses zu stellen.

**Frank Sundermann (SPD)** bedankt sich für die schriftliche Beantwortung der Fragen und unterstreicht, viele vor 2017 begonnenen Dinge würden weitergeführt. An vielen Stellen habe es allerdings eine Umetikettierung von Maßnahmen gegeben. Aus der IRR sei die ZRR geworden, aus der „Allianz Wirtschaft und Arbeit 4.0“ werde eine „Initiative Wirtschaft und Arbeit 4.0“ und aus industriepolitischen Leitlinien solle ein industriepolitisches Leitbild werden. Im Haushalt lasse sich dazu jedoch nur sehr wenig finden. Anfang des Jahres sei ein Weitergehen angekündigt worden, bisher sei allerdings nicht viel passiert. Die Landesregierung fremdele offenbar ein wenig mit der Industrie. Sie lege einen sehr starken Fokus auf die Digitalisierung, diskutierte industriepolitische Fragen dagegen oft eher am Rande.

Der nationale Stahlgipfel habe nicht in Nordrhein-Westfalen stattgefunden, obwohl NRW der größte stahlproduzierende Standort in Deutschland sei. Auch habe der Minister nicht an dem Stahlgipfel teilgenommen.

Die Landesregierung wolle sich die Deregulierung als Markenkern erarbeiten und definiere Deregulierung als Wert an sich. Sicherlich könne und solle einiges in NRW dereguliert werden. Doch sei es an vielen Stellen sinnvoller, eine andere Priorität zu setzen und Lösungen im Dialog zu schaffen. Zum Teil setze die Landesregierung nicht auf dialogische Verfahren, sondern räume der Deregulierung die oberste Priorität ein. Die vorherige Landesregierung habe das Programm „Dialog schafft Zukunft“ aufgesetzt. Auch in diesem Bereich passiere derzeit nicht viel. Dialog führe zur Schaffung rechtssicherer Rahmenbedingungen. Diese seien für die Entwicklung der Wirtschaft sehr wichtig. Dass gelinge der Landesregierung aktuell nur bedingt. Dies zeigten Beispiele wie das Ladenöffnungsgesetz und all das Thema „Windenergie“.

Es werde ständig von Deregulierung gesprochen, die Windkraft solle jedoch stark reguliert und auf null gesetzt werden. Betrachte man die Bedeutung von Windkraft und Solaranlagen in Bezug auf die Stromerzeugung, ergebe sich ein Verhältnis von vier zu eins. Zu jeder Megawattstunde, die neu über Solaranlagen produziert werde, kämen vier Megawattstunden Wind. Die Landesregierung bleibe die Antwort schuldig, wie der Bedarf über Solaranlagen gedeckt werden könne, wenn die Windkraft wie geplant reglementiert werde.

Zum Energiebereich habe es vor einigen Wochen eine groß angekündigte Unterrichtung des Landtags gegeben. Nicht nur nach Ansicht der SPD-Fraktion habe diese Un-

terrichtung die Qualität eines Spiegelstrichreferates gehabt. Offenbar habe das Ministerium selbst gemerkt, dass mehr kommen müsse, und der Presse einen Tag später wesentliche Dinge der energiepolitischen Ausrichtung mitgeteilt. Eine solche Vorgehensweise trage nicht zur Stärkung des Parlamentarismus bei.

Das Ministerium spreche häufig davon, die Arbeit der Kommission für Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung begleiten zu wollen. Wunsch der SPD-Fraktion sei es, die Kommission durch das Land nicht nur zu begleiten, sondern auch maßgeblich zu gestalten.

Konjunkturrell stünden kleine Wolken am Himmel, deren Ursache jedoch nicht auf Landesebene zu suchen sei. Der Einfluss des Landes darauf sei möglicherweise auch gering, wenn man an den wachsenden Protektionismus oder den Brexit denke. Als Wachstums- und Konjunkturbremse werde von verschiedenen Seiten der Facharbeitermangel genannt. Die Aktivitäten der Landesregierung zur Gegensteuerung verharrten im Prinzip im Ankündigungsmodus. Das Azubiticket werde z. B. nur angekündigt, aber nicht umgesetzt.

Als Resümee müsse man feststellen, das Ministerium bewege sich an vielen Stellen im Ankündigungsmodus. Dies könne nicht der Anspruch des Ministers sein. Bei der Realisierung dieses Anspruchs werde die SPD-Fraktion die Landesregierung weiterhin gewohnt kritisch, aber auch konstruktiv begleiten.

**Christian Loose (AfD)** stellt fest, das Ministerium verende besonders viel Geld für Globalposten wie „Sonstige Zuschüsse“ und ähnliches, ohne konkrete Projekte zu benennen und einen Erfolg zu messen. Über die weitere Aufstockung dieser „Sonstigen Zuschüsse“ sei die AfD-Fraktion schockiert.

**Henning Rehbaum (CDU)** bedankt sich für den vorgelegten Haushaltsentwurf und die Einführung im Rahmen der vorherigen Sitzung. Systematische Verbesserungen der Rahmenbedingungen führten für Unternehmen zu Wachstum und Beschäftigung. Dazu gehörten z. B. Infrastrukturverbesserungen, die Forschungsförderung, die KMU-Förderung und Innovationen sowie Bürokratieabbau.

Der vorliegende Haushaltsentwurf zeige eindrucksvoll durch ein Plus von 18 %, dass die Landesregierung nicht nur eine klare Haltung in dieser Frage habe, sondern diese Haltung für Wirtschaftswachstum, für Unternehmen und neue Arbeitsplätze sowie für Klimaschutz auch mit Geld hinterlege. Das Land investiere an dieser Stelle; dies zahle sich aus. NRW habe z. B. Berlin in Sachen Unternehmensgründungen überholt. Förderprogramme für KMU würden gut genutzt. Er erinnere an den Innovationsassistenten, der sehr intensiv genutzt werde, damit auch kleine Unternehmen im Innovationsbereich erfolgreich sein könnten. NRW finde wieder Anschluss an das Wirtschaftswachstum in Deutschland. Das Thema „Industrie“ stehe weit vorn auf der Agenda. Zu nennen seien der LEP, die gesamte Verkehrspolitik, die Forschungspolitik, die Energieversorgung, der Bürokratieabbau, die Abschaffung des Spionageerlasses und große Forschungsprojekte zur CO<sub>2</sub>-neutralen Industrie. Daran werde ersichtlich, welcher hohen Stellenwert die Industrie einnehme. Nordrhein-Westfalen solle ein vitaler Industriestandort mit sehr vielen Arbeitsplätzen bleiben.

Die schwarz-gelbe Regierung stehe für Wachstum und Beschäftigung. Dies sei ein Schlüssel, um große Aufgaben wie die Finanzierung des Gemeinwesens und des Klimaschutzes zu bewältigen. Selbst Laien springe bei der Lektüre des Haushalts ins Auge, dass die Landesregierung bei der Energiewende und beim Klimaschutz Gas gebe. Bereiche wie Pumpspeicherkraftwerke, Fernwärmenetze, Elektromobilität, Klimaschutz in Kommunen und die Energie- und Klimaforschung erhielten Mittel in großem Umfang. Windkraft stelle einen wichtigen Baustein dar. Dies werde auch künftig so bleiben, aber es gebe noch viele andere Energieträger, die betrachtet und vorangetrieben werden müssten. Er erinnere an die Diskussion über Erdwärme.

Das Land habe sich in den anderthalb Jahren der schwarz-gelben Regierungszeit bereits zu seinem Vorteil verändert. Es herrsche Aufbruchsstimmung. Die Energiewende werde vorangetrieben. Dies spare nicht nur CO<sub>2</sub> ein, sondern berücksichtige auch die Interessen Hunderttausender Beschäftigter und deren Familien. Dieser Haushalt sei der Beweis dafür, dass die Landesregierung Wirtschaft, Arbeitsplätze und Wachstum mit Klimaschutz kombiniere. Das Land brauche so etwas statt ideologisch gefärbter Debatten.

Nach Auffassung von **Horst Becker (GRÜNE)** kündige die Landesregierung nach wie vor viel an, setze aber keine entsprechenden Maßnahmen um. Nach anderthalb Jahren Regierungszeit reichten Ankündigungen nicht mehr aus.

Das Land wolle die Energiewende voranbringen, wende sich aber gleichzeitig gegen die Windkraft und lasse unberücksichtigt, dass schon im laufenden Jahr die Zahl der ans Netz gegangenen Windkraftanlagen deutlich gegenüber dem Vorjahr gesunken sei. Im kommenden Jahr werde sich dieser Trend fortsetzen.

Auch im Bereich Entfesselung handele es sich um reine Rhetorik. Die Wirtschaft solle angeblich durch Ladenöffnungen an Sonntagen – die regelmäßig vor Gericht scheiterten – entfesselt werden. Das Ministerium verstecke sich immer wieder hinter angeblichen Fesseln, schaffe es aber nicht, beispielsweise das immer wieder angesprochene Batteriewerk in NRW anzusiedeln. Angesichts der bisherigen Vorgehensweise werde das nicht klappen.

Das Wirtschaftsministerium spreche sich für eine Energiewende aus. Dafür benötige das Land flexible Gaskraftwerke. Die Gaskraftwerke liefen jedoch nicht, weil das Ministerium diese Flexibilität nicht fördere.

Die Landesregierung habe in den vergangenen Jahren von gestiegenen Steuereinnahmen und einem veränderten Länderfinanzausgleich profitiert.

Der Haushaltsentwurf weise Ausgaben von 140 Millionen Euro und Verpflichtungsermächtigungen von fast 170 Millionen Euro für die Wirtschaftsförderung aus. Ebenso sehe der Haushaltsentwurf EFRE-Mittel von 530 Millionen Euro vor. All das sei jedoch völlig intransparent.

Der Minister rühme sich immer wieder des Breitbandausbaus. Trotzdem stelle das Land nur wenig mehr Mittel dafür bereit. Im vergangenen Jahr sei sogar weniger ausgegeben worden als die Vorgängerregierung vorgesehen habe. Zur Ankündigung, den

5G-Standard besonders voranzubringen, gebe es bislang nur einen kleinen Modellversuch.

All diese Ankündigungen müssten mit Maßnahmenpaketen und Zielsetzungen auf der Zeitachse hinterlegt werden. Davon sei nichts erkennbar.

**Ralph Bombis (FDP)** bestätigt, die Landesregierung setze gute Ansätze der Vorgängerregierung fort und stelle auf diese Art Kontinuität sicher. Das zeige gerade kein ideologisches Vorgehen der Landesregierung. Sie richte aber Dinge neu aus und belasse es durchaus nicht bei Umetikettierungen. Wenn die IRR im Rheinischen Revier zu einer ZRR werde, würden in dem Zuge Aspekte, die in der Vergangenheit zu klein gedacht worden seien, jetzt größer gedacht und man nehme nun die gesamte Region in den Blick.

Industriepolitische Leitlinien des vorherigen Wirtschaftsministers seien nie durch das Kabinett gegangen. Das in Rede stehende Leitbild werde sich dagegen die gesamte aktuelle Landesregierung zu eigen machen.

Der Minister habe nicht am nationalen Stahlgipfel teilgenommen, sondern China – den wichtigsten Wirtschaftspartner – besucht. Eine umgekehrte Prioritätensetzung hätte ebenfalls zu Kritik seitens der Opposition geführt.

Die Koalition bekenne sich ausdrücklich zur Energiewende und zum Klimaschutz. Im Sinne einer größeren Akzeptanz werde versucht, den ungeordneten Ausbau der Windkraft in eine Struktur zu bringen. Die Akzeptanz sei in der Vergangenheit in vielen Bereichen nicht gegeben gewesen. Nun werde gemeinsam mit den Interessengruppen daran gearbeitet. Dazu gehörten auch die Gewerkschaften und Arbeitnehmervertreter.

Die Fachkräfteproblematik habe sich seit vielen Jahren abgezeichnet. Der Schwerpunkt Digitalisierung bedeute gleichzeitig eine Chance. Das Land gehe aber auch konkrete Punkte an. Beim Azubiticket handele es sich um einen technisch schwierigen Vorgang. Aber auch solche Symbolthemen seien der NRW-Koalition wichtig und würden weiterhin verfolgt.

Viel wichtiger sei es jedoch, nicht nur für die Rahmenbedingungen im Wirtschaftshaushalt, sondern auch in anderen Haushalten z. B. für die berufliche Ausbildung zu sorgen. Zum Ausbau der Ausbildungskapazitäten habe die rot-grüne Regierung damals vieles versäumt. Nun würden die notwendigen Weichen gegen den Fachkräftemangel gestellt.

Sehr schnell – fast zu schnell, wie Interessenvertreter aus der Wirtschaft zum Teil sagten – hätten Entfesselungspakete vorgelegen. Nachdem sich zugestandenermaßen auch die Kommunen zunächst an das neue Ladenöffnungsgesetz gewöhnen müssten, werde es sehr erfolgreich angewendet. Es habe wenige erfolgreiche Klagen gegeben.

Inzwischen seien unnötige Belastungen wie der vielfach kritisierte Spionageerlass zurückgenommen worden.

Die Regierungskoalition befinde sich keineswegs mehr im Modus „Wollen“, sondern im Modus „Machen“. Der vorliegende Haushalt entspreche dem, was sich die Koalition vorgenommen habe, um das Land als Wirtschafts-, Energie- und Digitalstandort nach



vorn zu bringen. Deswegen folgten konkrete Schritte, statt sich auf guten Zeiten auszurufen. Mit Dingen wie der digitalen Gewerbeanmeldung und dem Gründerstipendium seien konkrete Impulse gesetzt worden. Die Zukunft des Handels werde mit erhöhten Mitteln unterstützt. Mit „Mittelstand innovativ!“ seien Mittel bereits für das laufende Jahr erhöht worden. Diese Entwicklung werde fortgeschrieben. „Exzellenz Startup Center“ würden auf den Weg gebracht. Auch der Tourismusbereich freue ich über erhöhte Mittel, ebenso wie die Bereiche Energiesysteme, Elektromobilität und Energieeffizienz. Die Landesregierung habe ein neues Programm „Fernwärmeschiene Rhein-Ruhr“ aufgesetzt. Auch zur Energieforschung werde es neue Dinge geben. All dies manifestiere sich konkret in diesem Haushalt.

Die Regierungskoalition wolle und werde das Land nach vorn bringen. Der Haushaltsentwurf zeige, dass das Notwendige dafür getan werde.

**Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart (MWIDE)** gibt zu bedenken, man könne entweder behaupten, bislang sei noch nichts erreicht, sondern nur angekündigt worden, oder man könne Maßnahmen kritisieren, die angeblich in die falsche Richtung liefen.

Durch die Entfesselungspakete habe vieles auf den Weg gebracht werden können. Gerade für die Industrie und die Sozialpartner mache dies den Standort Nordrhein-Westfalen wieder deutlich attraktiver. Diese Rückmeldung hätten alle wesentlichen Industrien des Landes gegeben.

Das Anhörungs- und Beteiligungsverfahren zum Landesentwicklungsplan könne nun abgeschlossen werde. Über die Eingaben und die nächsten Schritte würden die Abgeordneten zeitnah informiert. Sowohl aus Sicht der Industrie als auch der Kommunen stelle das Verfahren einen Befreiungsschlag da. Endlich könne sich Nordrhein-Westfalen wieder entwickeln. Das falle in eine Zeit, in der die Wirtschaft glücklicherweise wieder besser laufe als vorher. Das schreibe sich die aktuelle Landesregierung keinesfalls allein zu. Weil es Wirtschaft aufgrund vieler Faktoren gut gehe, müsse die Chance genutzt werden, durch bessere Rahmenbedingungen und gezielte politische Maßnahmen möglichst viele potenzielle Investitionen in Nordrhein-Westfalen zur Entfaltung zu bringen. In Vorjahren habe es ein unterdurchschnittliches Wachstum mit einer überhöhten Arbeitslosigkeit als Folge gegeben.

Die Landesregierung habe sich dazu beispielsweise gezielt die Beschleunigung der Genehmigungsverfahren vorgenommen. So würden die Bezirksregierungen personell besser ausgestattet. Man schaffe strategische Projekte, die helfen könnten, die – mittelständische – Industrie am Standort Nordrhein-Westfalen in eine sich verändernde Zeit zu führen und Ansiedlungen aus anderen Teilen Deutschland und Europas durchzuführen. Damit dies leichter gelinge als in der Vergangenheit, würden die Rahmenbedingungen verbessert.

Zur Energiepolitik habe die Landesregierung dem Parlament ihre klare Haltung vorgebracht. Die Landesregierung wolle die Klimaschutzziele mit Maß und Mitte, mit Sinn und Verstand erreichen. Das müsse organisiert werden. Aus der Bundesregierung gebe es dazu durchaus unterschiedliche Signale.

Er spreche von einer Begleitung der WSB-Kommission, weil die Ländervertreter zwar ein Rederecht hätten, aber kein Stimmrecht. Ihr Rederecht fülle die Landesregierung Nordrhein-Westfalens gerade mit Blick auf die industriepolitischen Leitplanken sehr verantwortungsvoll aus. Sie habe die energieintensiven Unternehmen zum Schwerpunkt dieser Kommissionsberatung gemacht, weil sie Nordrhein-Westfalen viel stärker berühre als andere. Die sechs betroffenen Kohleländer hätten dazu unter Federführung Nordrhein-Westfalens ein Papier erstellt und deutlich gemacht, welche Punkte reflektiert werden müssten, damit es eine verantwortungsvolle Entscheidung geben könne. Klimaschutz müsse mit der Industrie und nicht gegen sie erfolgen. Diesen Ansatz habe die Landesregierung eingebracht. Das habe zur Veränderung der Beratungen innerhalb der Kommission einen Beitrag geleistet.

Gleiches gelte für Strukturthematiken. Auch für diese Vorarbeiten habe die Landesregierung viel Lob seitens der Kommission erhalten. Dazu gehöre das Batteriewerk. Am 15. Oktober habe es eine erste Runde mit möglichen Konsortien gegeben. An solchen Themen werde intensiv gearbeitet.

Zur Wahrheit gehöre aber auch, dass LEP-Flächen bei Amtsantritt nicht kurzfristig hätten genutzt werden können, weil beispielsweise Umwelt- oder Eigentumsfragen ungeklärt seien. Benötige ein Investor 120 ha oder 150 ha, könne ihm das Land eine solche Fläche seit Jahren nicht anbieten.

Die Energiekosten stellten den mit Abstand wesentlichsten Faktor für die Ansiedlung eines Batteriezellenwerkes dar. Gleichzeitig stiegen die Energiepreise durch den Kohleausstieg, wie alle Studien belegten.

Fachkräfte stellten einen knappen Faktor dar. Daran arbeite die Landesregierung, indem z. B. zusätzliches Geld für Bildungseinrichtungen ausgegeben werde. Die über Jahre entstandene Lücke – auch bei den Ausbildungseinrichtungen des Handwerks selbst – solle nun geschlossen und das Bild des Berufsschullehrers verbessert werden. Auch die Unternehmen müssten ihren Beitrag dazu leisten.

Mit dem Energiekonzept habe die Landesregierung eine klare Position vorgetragen. Der Ausstieg aus der Braunkohle könne nur bei Erfüllung bestimmter Bedingungen wie einem Netzausbau, geeigneten Speichertechnologien etc. schneller erfolgen. Auch daran arbeite die Landesregierung.

Das von Herrn Sundermann benannte Interview sei wie die anderen Berichte am Tag nach der Debatte veröffentlicht worden. Das Gespräch dazu habe vor der Rede im Landtag stattgefunden. Es unterscheide sich nur in einem Punkt vom Redebeitrag. Auf eine Frage des Interviewpartners habe er geäußert, ein Datum müsse nicht zwingend festgesetzt werden, sondern es könne sich auch um einen flexiblen Zeitrahmen handeln, in dem man z. B. Restmengen definiere. Diese Aussage decke sich exakt mit dem Vortrag im Landtag.

Die Landesregierung habe damit sehr verantwortlich agiert und sich nicht durch Emotionen zu einer Energiepolitik treiben lassen, die die energieintensive Industrie in Nordrhein-Westfalen noch stärker gefährde als es möglicherweise ohnehin der Fall sei.

Die klare Haltung der Landesregierung wirke sich positiv auf die Industrie aus, für die langfristige Planungssicherheit benötige.

Im Übrigen stelle das Land sehr viele Mittel zur Verbesserung der Infrastruktur zur Verfügung. So habe nicht der Amtsvorgänger, sondern die jetzige Landesregierung einen Gigabit-Masterplan und einen Mobilfunkpakt vorgelegt. Das habe seine Wirkung nicht verfehlt. Der Bund habe seine Richtlinien deutlich verbessert. Auch das Land habe seine Richtlinien und Prozesse verbessern können. Die Landesregierung lasse sich an den Zielen messen, die sie sich konkret gesetzt habe und an deren Erreichung sie Tag für Tag hart arbeite.

**#Wibke Brems (GRÜNE)** vertritt die Auffassung, der vom Minister im Interview benannte Aspekt sei wichtig und hätte ganz klar in diese Debatte gehört, und bemängelt die Aussage, die Landesregierung betreibe Energiepolitik mit Sinn und Verstand. Auf die Ebene, sich gegenseitig den Verstand abzusprechen, solle sich niemand begeben.

Die Blockadehaltung der Landesregierung in puncto Windenergie könne zwar als Handeln definiert werden, der Opposition gehe es aber um positive politische Veränderungen und Handlungen.

Die CDU habe suggeriert, Erdwärme könne Windenergie ersetzen. Genau darum könne es nicht gehen. Alle erneuerbaren Energieträger würden benötigt.

Auf die eingereichten Fragen habe das Ministerium nicht ganz konkret geantwortet. Im Kapitel 14 300, Titelgruppe 63, gebe es einen Mittelaufwuchs um 28 Millionen Euro. In der Beantwortung der Fragen verweise das Ministerium auf die EPOS-Umstellung. Sie wolle trotzdem konkret erfahren, wofür die 28 Millionen Euro verausgabt werden sollen oder ob an einer Stelle Kürzungen geplant seien.

Positiv sei, dass die Initiativen der Vorgängerregierung zur Elektromobilität fortgeführt und zum Teil sogar ausgebaut würden. Allerdings mache ein Ausbau von Elektromobilität nur bei gleichzeitigem Ausbau der erneuerbaren Energien Sinn. Das komme an vielen Stellen wiederum nicht vor.

Das Energiewirtschaftliche Institut in Köln solle laut Haushaltsentwurf künftig eine institutionelle Förderung vom Land erhalte. Ein solches Institut finanziell seitens des Landes zu unterstützen, halte sie für problematisch, da eine direkte Einflussnahme beispielsweise vom Braunkohlenverband DEBRIV gegeben sei.

Auf eine Frage zu Kapitel 14 300, Titelgruppe 62, gebe es laut Antwort der Landesregierung veränderte Aufgabenbereiche der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Ergänzt werden solle, ob es sich dabei um inhaltliche Modifizierungen handele.

**Ralph Bombis (FDP)** schlägt vor, über die mehr oder weniger erkennbare Finanzierung von Strukturen noch einmal in Ruhe zu sprechen.

Keinesfalls sei beabsichtigt, Windkraft durch andere Energieträger zu ersetzen. Die NRW-Koalition bekenne sich zur Energiewende und zum Klimaschutz und strebe eine höhere Akzeptanz der erneuerbaren Energien an. Gleichzeitig solle eine stärkere

Gleichberechtigung der verschiedenen Energieträger erzielt werden. Deswegen habe sich die Koalition ausdrücklich zu einem Mix bekannt.

Ausgerechnet Minister Pinkwart vorzuwerfen, er spreche anderen Partnern im politischen Diskurs den Verstand ab, sei ungerechtfertigt. Bei allem Unterschied in der Sache betone der Minister immer wieder die Berechtigung unterschiedlicher Positionen.

In der Diskussion um den Ausstieg aus der Braunkohle und anderen Energieträgern dürfe nicht verschwiegen werden, dass es auch zu Engpässen kommen könne, die kompensiert werden müssten. Ebenso dürfe es nicht zu Strukturbrüchen und nicht zu ungeordneten Ausstiegen kommen.

**Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart (MWIDE)** verspricht bezüglich der Nachfrage zu Kapitel 14 300, Titelgruppe 62, Angaben darüber nachzureichen, was sich mit EPOS verändert habe – soweit dies gegenwärtig bereits präzisiert werden könne.

Zu Kapitel 14 300, Titelgruppe 63, habe es eine veränderte Zuordnung gegeben. Eine konkrete Erläuterung dazu werde ebenfalls nachgereicht.

Die Koalitionsfraktionen und die Landesregierung hätten eine klare Haltung zur Windkraft bezogen und diese kommuniziert. Windenergie werde nach wie vor zugelassen. Aus der Politik eines massiven Vorrangs für die Windenergie werde eine Politik, die den vorhandenen und sich weiterentwickelnden Akzeptanzproblemen in der Bevölkerung begegnen solle. Dies geschehe durch eine Regelung, die auf die Belange der Bürger mehr Rücksicht nehme als in der Vergangenheit. Parallel dazu habe die Bundespolitik die Regelungen für die Windenergiebranche verändert. Durch das Auktionsverfahren sei die Windenergieindustrie erheblich unter Druck geraten. Als die Landesregierung dies erkannt habe, habe sie eine Bundesratsinitiative gestartet, um der Windenergieindustrie zu helfen.

In einem Änderungsvorschlag zum LEP sei der Wunsch deutlich gemacht worden, die Windenergie in einem definierten Rahmen weiterzuentwickeln und das Repowering stärker zu fördern.

Aber auch andere erneuerbare Energien würden benötigt – beispielsweise Photovoltaikanlagen –, und zwar gerade um die Elektromobilität auf eine breite Grundlage zu stellen. Da bislang lediglich 13 % der geplanten 7.700 km Übertragungsnetze gebaut seien, gehe viel in Deutschland produzierte Windenergie an Nordrhein-Westfalen vorbei. Deshalb fördere das Land dezentrale Quartierskonzepte, in denen Wärme, Mobilität und Strom besser miteinander verknüpft werden könnten. Hierzu würden Förderprogramme aufgelegt.

Dass die Geothermie mit genutzt werden solle, stelle einen weiteren Aspekt mit vielen Spielräumen dar. Um das angestrebte Ziel von 65 % bis 2030 zu erreichen, seien intensivere Anstrengungen im Bereich der erneuerbaren Energien erforderlich als bisher. Dies gehe die Landesregierung mit großer Begeisterung an.

Mit der Formulierung „mit Sinn und Verstand“ meine er keineswegs den Unverstand anderer, sondern betone, dass die Landesregierung in sich konsistent arbeite.

Der Ausschuss kommt überein, über die in den Zuständigkeitsbereich des Ausschusses fallenden Kapitel des Einzelplans 14 in der Sitzung am 21. November abschließend zu beraten und abzustimmen.

